

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

**Volkswille**  
für Oberschlesien

Schreibleitung und Geschäftsstellen:  
**Lodz, Petrikauer Straße 109**  
Telephon 136-60 — Postfach-Konto 63-508  
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4. Tel. 1294

**Volksstimme**  
Bielitz-Biala u. Umgebung

## Ein Schritt Madrids in Genf.

Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Völkerbundes gefordert.

London, 27. November. Die britische Regierung wurde vom Völkerbundsekretariat davon in Kenntnis gesetzt, daß sich die Madrider Regierung an den Völkerbund mit der Forderung nach sofortiger Einberufung des Völkerbundes zwecks Behandlung der Frage der Anerkennung der Aufständischenregierung des Generals Franco als gesetzmäßige Regierung Spaniens durch Italien und Deutschland. Die spanische Regierung beruft sich hierbei auf Art. 11, Absatz 2, des Völkerbundespaktes. Die spanische Botschafter in London Azcarate hat heute den englischen Außenminister Eden auf und setzte ihn von dem Schritt seiner Regierung in Kenntnis, wobei er Eden gleichzeitig die entsprechenden Erläuterungen gab.

Die britische Regierung hat in dieser Frage noch keine Entscheidung getroffen. In Londoner politischen Kreisen werden jedoch Zweifel geäußert, ob der Absatz 2 des Art. 11 des Völkerbundespaktes in diesem Falle zutreffend ist. Für den Fall, daß der Forderung der spanischen Regierung stattgegeben werden sollte, würde die außerordentliche Völkerbundstagung nicht eher als am 2. Dezember stattfinden.

London, 27. November. Das englische Kabinett trat völlig unerwartet Freitag vormittag zu einer Sonder Sitzung zusammen.

London, 27. November. Reuters meldet: Die maßgebenden britischen Kreise sind nicht für die Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundstagung zwecks Besprechung der Lage in Spanien. Man ist in diesen Kreisen der Meinung, daß eine Völkerbundstagung in diesem Augenblick ergebnislos wäre und sogar zur Verschärfung der Lage beitragen könnte.

### Italien droht mit endgültigem Austritt aus Genf.

Paris, 27. November. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant“ meldet, daß die italienische Regierung in Paris und London mitgeteilt habe, Italien würde den Völkerbund endgültig verlassen, falls Vertreter der spanischen Regierung am 7. Dezember in Genf an den Arbeiten zum Studium der Abänderung der Völkerbundsatzung teilnehmen sollten. Diesbezüglich bemerkt man in diplomatischen Kreisen, daß Spanien Mitglied des Völkerbundes ist und daß die Vertreter der spanischen Regierung vollkommen berechtigt seien, im Namen Spaniens im Völkerbundrat aufzutreten und an allen anderen Arbeiten der Genfer Institution teilzunehmen. Man glaubt zu wissen, daß zum Vertreter Spaniens am 7. Dezember der spanische Botschafter in Großbritannien Azcarate ausersehen ist. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt zur Stunde noch nicht vor.

### Bombardierung des Hafens Cartagena

Paris, 27. November. Eine Meldung aus Gibraltar besagt, daß Freitag früh ein Angriff auf den Hafen von Cartagena durch etwa 10 Bombenflugzeuge und 3 Kriegsschiffe der Aufständischen erfolgt sei. Durch die Bombardierung sollen Kriegsschiffe der Regierung und das Arsenal getroffen worden sein.

### Erfolge der Regierungstruppen bei Toledo.

Die Vorposten bereits 4 Kilometer vor Toledo.

Madrid, 27. November. Um die Madrider Front zu entlasten, sind die Regierungstruppen gestern zum Angriff gegen die Stellungen der Aufständischen südlich von Toledo übergegangen. Die Angriffe der Regierungstruppen waren von Erfolg gekrönt. Die Aufständischen wurden zurückgeworfen, so daß die Stadt Toledo als ernstlich bedroht erscheint. Die Vorposten der Regierungstruppen sollen sich nur noch vier Kilometer von der Stadt entfernt befinden.

In Madrid gehen die Straßenkämpfe inzwischen weiter, ohne daß indes eine nennenswerte Veränderung der Lage eingetreten wäre. Den Aufständischen soll es unter größten Anstrengungen und Opfern lediglich gelungen sein, einige Häuser zu besetzen.

### Besondere Schutzzone in Madrid unannehmbar.

Genf, 27. November. Das internationale Rote-Kreuz-Komitee in Genf hatte vorgesehene, in Madrid eine neutrale Zone anzuerkennen, die der nicht mitkämpfenden Bevölkerung als Zufluchtsort dienen sollte.

Der Chef der republikanischen Regierung Largo Caballero hat hierauf geantwortet, daß die gesamte Zivilbevölkerung Madrids als „nicht-mitkämpfend“ betrachtet werden müsse. Als diesem Grunde sei der Vorschlag, an einer bestimmten Stelle von

Madrid einen Teil der Bevölkerung anzusammeln, unannehmbar.

Das internationale Rote-Kreuz-Komitee hat seinen Schritt bei Largo Caballero wiederholt. Dieser erklärte jedoch, von seinem Standpunkt nicht abweichen zu können.

### Noch immer keine Kontrolle.

London, 27. November. Der Unterausschuß des Internationalen Nichteinmischungsausschusses bezweifle am Freitag seine Beratungen über den Plan einer wirksameren Kontrolle der Einfuhr von Kriegsmaterial nach Spanien. Er beschloß, die Angelegenheit nunmehr dem Hauptausschuß zu überweisen. Der Hauptausschuß wird am 2. Dezember einberufen.

In der Freitagssitzung des Unterausschusses wurde vorwiegend die Frage der Luftüberwachung behandelt.

London, 27. November. Der Wortlaut des englischen Gesetzes, durch das der Transport von Waffen nach Spanien auf englischen Schiffen verboten wird, wurde am Freitag veröffentlicht. Das Verbot gilt jedoch nicht für Schiffe die in einem britischen Dominium eingetragen sind. Das Gesetz bleibt bis auf unbestimmte Zeit in Kraft.

## Gore in Westabessinien befehlt.

Japan erkennt das italienische Imperium, Italien den mandchurischen Staat an.

Rom, 27. November. Die italienische Truppenkolonne unter Führung von General Malta hat, wie am Freitag mittag in Rom von zuständiger Seite bekannt gegeben wurde, Gore befehlt. Damit haben die italienischen Truppen auf ihrem Vormarsch in Westabessinien auch in der letzten großen Stadt dieses überaus fruchtbaren Gebietes ihren Einzug gehalten.

Gore, das in der Luftlinie über 350 Kilometer westlich von Addis Abeba und nur noch 200 Kilometer von der Grenze des englischen Sudans entfernt ist, hat bekanntlich in den letzten Monaten eine gewisse politische Bedeutung erlangt, da nach abessinischen Behauptungen dort noch eine abessinische Gegenregierung bestanden haben soll.

Tokio, 27. November. Wie die Agentur Domai

kalbamtlich meldet, ist die japanische Regierung entschlossen, die bisherige japanische Gesandtschaft in Addis Abeba in eine konsularische Vertretung umzuwandeln. Nach dem förmlichen Beschluß des japanischen Kabinetts wird Mitte Dezember der japanische Konsul für Addis Abeba ernannt werden.

Italien wird, so meldet die Domai-Agentur weiter, in der Hauptstadt des mandchurischen Staates Hsingking ein Generalkonsulat einrichten. Die japanischen Interessen in Abessinien wurden von Italien sichergestellt.

Aus obiger Meldung ist zu ersehen, daß die japanische Regierung die italienische Herrschaft über Abessinien und die italienische Regierung den unter japanischer Einfluß stehenden mandchurischen Staat anerkennt.

### Polnisch-rumänisches Abkommen für kulturelle Zusammenarbeit.

Anlässlich der Anwesenheit des rumänischen Außenministers Antonescu in Warschau erfolgte gestern die Unterzeichnung einer polnisch-rumänischen Konvention für kulturelle Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit soll erfolgen durch Organisierung von rumänischen Bildungsstätten in Polen und von polnischen in Rumänien, durch Professoren- und Studentenaustausch, durch Unterstützung von Uebersetzungen der Literatur beider Länder usw. Außerdem gab gestern die polnisch-rumänische Gesellschaft zu Ehren des Ministers Antonescu ein Essen, an welchem auch Außenminister Bedz, höhere Beamte des Außenministeriums, Vertreter des Parlaments, des Handels, der Literatur usw. teilnahmen.

### Japanische Provokationen an der mandchurischen Grenze.

Sowjetprotest in Tokio.

Moskau, 27. November. Aus Chabarowsk wird gemeldet: Am 24. November überschritt eine japanisch-mandchurische Abteilung, bestehend aus etwa 50 Mann, die Grenze südlich vom Grenzzeichen Nummer 20 und drang in das Gebiet der Sowjetunion auf einer Strecke von 1700 Metern ein. Als die Abteilung die sowjetrussische Grenzwaache herannahen sah, eröffnete sie gegen sie das Feuer. Nach einem Geplänkel mußte sich die japanisch-mandchurische Abteilung jenseits der Grenzlinie zu

rückziehen. Am Orte des Zusammenstoßes auf sowjetrussischem Territorium wurden die Leichen mehrerer gefallener Japaner und zahlreiche japanische Bewaffnungs- und Ausrüstungsgegenstände gefunden.

Bald nach diesem Zusammenstoß sammelten sich an diesem Grenzabschnitt mehrere japanisch-mandchurische Gruppen und beschossen die sowjetrussische Grenzwaache mit kleinen Abständen den ganzen Tag. Außerdem wurden noch einige Versuche der Ueberschreitung der Grenze unternommen. Nach Einbruch der Nacht wurden hier japanisch-mandchurische Truppen in Stärke eines Bataillons zusammengezogen. Diese Abteilung setzte sich auf russisches Gebiet in Marsch und drang gegen 2,5 Kilometer vor. Die russische Grenzwaache mußte angesichts der Uebermacht zurückweichen. Als aber Verstärkungen eintrafen, gingen die sowjetrussischen Abteilungen zum Gegenangriff vor und warfen die Eindringlinge auf mandchurisches Gebiet zurück. Bei dem Zusammenstoß gab es auf beiden Seiten Tote und Verletzte.

Der Leiter der zweiten Abteilung des Volkswomenariats für Neuherez Kozlowski lud noch am 24. November sofort nach Eintreffen der Mitteilung über diesen Zwischenfall in Moskau den japanischen Geschäftsträger in der Sowjetunion Satoh zu sich, legte bei ihm Protest gegen die neue Verletzung der sowjetrussischen Grenze durch die japanisch-mandchurische Abteilung und gegen den Ueberfall auf den sowjetrussischen Grenzschutz ein und forderte die Ergreifung von Maßnahmen durch die japanische Regierung zur Verhinderung weiterer Zwischenfälle in der Zukunft und zur Bestrafung der Schuldigen





